

Fehlende Steuertransparenz im Telekommunikationssektor

31.01.2019

[Wirtschaftsleistung](#)

Das europäische Investorennetzwerk Sfc - Shareholders for Change hat die Studie "Bad Connection" veröffentlicht. Der Bericht enthüllt nicht nur die fehlende Steuertransparenz fast aller untersuchten europäischen Telekommunikationsriesen, sondern lässt auch Fragen aufkommen, inwieweit damit aggressive Steuervermeidungspraktiken begünstigt werden können.



(Foto: Halfpoint/stock.adobe.com)

„Mit Ausnahme von Vodafone veröffentlicht keiner der großen Telekommunikationskonzerne in Europa wie Telecom Italia, Deutsche Telekom und Orange länderbezogene Steuerdaten. Dieses von der **OECD** empfohlene sogenannte Country-by-Country Reporting soll eine Gewinnverlagerung und damit aggressive Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen offenlegen“, erklärt Tommy Piemonte, Leiter Nachhaltigkeitsresearch der Bank für Kirche und Caritas, die Gründungsmitglied der **Shareholders for Change** ist.

„Obwohl Vodafone bei den untersuchten Telekommunikationsunternehmen in Punkto Steuertransparenz als Vorbild zu nennen ist, wirft die Studie bei dem Telekommunikationsgiganten trotzdem Fragen auf, weil der größte Teil der Unternehmensgewinne (38 Prozent) in den zwei Conduit-Ländern (Schattenfinanzplätzen) Luxemburg und Malta erwirtschaftet werden, obwohl dort nur 325 Mitarbeiter der insgesamt über 108.000 weltweit tätigen Mitarbeiter von Vodafone beschäftigt sind. Dieses schon öfters bei multinationalen Konzernen aufgedeckte Missverhältnis zwischen Gewinnerwirtschaftung und den tatsächlichen wirtschaftlichen Aktivitäten in solchen Conduit-Ländern, kann ein Hinweis auf aggressive Steuervermeidungspraktiken sein.“

Schattenfinanzplätze

Für die anderen in der Studie betrachteten Telekommunikationsunternehmen war eine ähnlich detaillierte Analyse aufgrund der fehlenden Berichterstattung nicht möglich. Es wurden aber für alle analysierten Unternehmen gruppeninterne Transaktionen aufgedeckt, die über Schattenfinanzplätze wie Luxemburg oder die Niederlande abgewickelt wurden und dabei zu Gewinnverlagerungen und aggressiver Steuervermeidung geführt haben könnten.

„Steuertransparenz ist eines der Kernthemen für das Investorennetzwerk Shareholders for Change bei der Durchführung unserer Dialoge und sonstigen Engagement-Aktivitäten mit Unternehmen“, fährt Tommy Piemonte fort. „Denn mangelnde Steuertransparenz und aggressive Steuervermeidungspraktiken setzen die Unternehmen nicht nur dem Risiko von Rechtsstreitigkeiten mit Steuerbehörden aus, sondern haben auch eine gravierende ethische Komponente, weil sie die Steuereinnahmen von Entwicklungs- und Industrieländer häufig drastisch reduzieren.“

Um auch anderen Investoren außerhalb des Sfc-Netzwerks einen Dialog mit den untersuchten Telekommunikationsunternehmen zu ermöglichen, gibt die Studie eine Handreichung mit welchen Fragen Investoren an die Konzerne herantreten können, um mehr Steuertransparenz einzufordern und aggressive Steuervermeidungspraktiken frühzeitig entdecken zu können.

Die Studie "Bad Connection" kann kostenfrei [hier](#) heruntergeladen werden.

Über SfC – Shareholders for Change

Shareholders for Change ist ein am 6. Dezember 2017 von europäischen institutionellen Investoren in Mailand gegründetes Netzwerk für Anleger-Engagement. Das SfC-Netzwerk hat momentan neun Mitglieder aus sieben europäischen Ländern und verwaltet zusammen über 23 Milliarden Euro. Die Engagement-Aktivitäten werden hauptsächlich mit europäischen Unternehmen sowohl über die Stimmrechtsausübung bei Aktien wie auch über konstruktive Dialoge mit den Unternehmen durchgeführt. Vor allem der Dialog, der über eine schriftliche oder persönliche Kommunikation mit Unternehmensvertretern, über Redebeiträge an Hauptversammlungen oder über die Teilnahme an öffentlichen Investorenkampagnen stattfindet, ist in der SfC-Engagementstrategie von besonderer Bedeutung, da ihr eine hohe Einflussnahme zugeschrieben wird. Im Fokus der SfC Engagement-Themen liegen dabei:

- Arbeitnehmerrechte und Menschenrechte;
- Steuerpraktiken und Steuergerechtigkeit;
- CO₂-Emissionen und Klimawandel.

Quelle: UD/pm